

Basel

Bildungspolitik: Baselbieter Regierungsrat: «Französisch trägt zu Zusammenhalt bei»

Eine Landrätin warnt vor dem schwindenden Stellenwert des Französischen. Die Regierung bekennt sich zur Fremdsprache.

Isabelle Thommen

Wie weiter mit dem Französisch im Baselbiet? Das steht derzeit zur Debatte. (Symbolbild)

Das Französisch ist derzeit in der gesamten Deutschschweiz ein Politikum. Auch in den beiden Basel findet eine gross angelegte Befragung dazu statt, was Lehrpersonen und Erziehungsberechtigte von Frühfranzösisch halten. Mitte-Landrätin Béatrix von Sury d'Aspremont macht das Sorgen.

«Der Französischunterricht an unseren Schulen hat einen zunehmend schweren Stand», schreibt von Sury d'Aspremont in einer Interpellation. Frühfranzösisch sei zwar diskussionswürdig, doch niemand spreche davon, bei einem allfälligen Wegfall die Anzahl Französischlektionen auf der Sekundarstufe zu erhöhen.

Regierungsrat will Französisch an Schulen sorgfältig analysieren

In der Beantwortung der Interpellation bekräftigt der Regierungsrat, wie wichtig der Französischunterricht sei: «Die Schweiz ist ein mehrsprachiges Land, in dem der Unterricht einer zweiten Landessprache in der obligatorischen Schule eine zentrale Rolle für die Verständigung zwischen den Sprach- und Kulturräumen spielt. Der Sprachenunterricht trägt wesentlich zum nationalen sowie gesellschaftlichen Zusammenhalt bei.»

Die Überprüfung des 2010 eingeführten Sprachenkonzepts erfordere eine sorgfältige Analyse. Neben der laufenden Befragung würden die Auswertungen wissenschaftlicher Studien, die extern in Auftrag gegeben worden seien, sowie die Analyse von Datengrundlagen in die Überlegungen miteinbezogen.